

sei, „da dezentrale, mit großer Eigenverantwortung ausgestattete Organisationen wie die stellvertretenden Generalkommandos die örtlichen Besonderheiten flexibler zu beherrschen vermögen als dies von Berlin aus möglich ist.“ (S. 557). Eben diese Effizienz der regionalen Militärinstanzen führte zu einem Vertrauensverlust der sächsischen Bevölkerung gegenüber den Zivilbehörden. So trug paradoxerweise gerade der Erfolg der Militärbefehlshaber zur Destabilisierung des monarchischen Systems bei (4). Insgesamt ist auch die Behauptung, die militärischen „Nebenregierungen“ hätten den innenpolitischen Modernisierungsprozess im Deutschen Reich blockiert, nicht mehr generell aufrecht zu erhalten (5). Für die von ihnen erwartete „Aufgabenerfüllung“ waren die Militärbefehlshaber vielmehr gezwungen, „handfeste Kompromisse“ mit verschiedenen politischen und sozialen Gruppen zu schließen. „Diese Kompromisse“, so der Vf. in seinem Fazit, „bilden auf einigen Gebieten den Ausgangspunkt oder Beschleuniger für einen sozialen und wirtschaftlichen Wandel, der teils auf den Krieg beschränkt ist, teils aber auch über ihn hinaus wirkt“ (S. 563).

Peter Mertens Dissertationsschrift, die im Wintersemester 2001/2002 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster angenommen wurde, ist eine gut geschriebene, fakten- und zitatenreiche Arbeit. Die verschränkten Strukturen der Militärinstitutionen werden in einer Reihe von Tabellen, Schemata und Organigrammen veranschaulicht. Eine – leider weitverbreitete – Unsitte ist es allerdings, dass bei der Angabe der archivischen Fundstellen die einzelnen Dokumententitel bis auf wenige Ausnahmen ungenannt bleiben. Wird die Art der Quelle nicht angegeben, sind zitierte Auszüge für den Leser zeitlich wie thematisch nicht einzuordnen; der Aussagewert der Quelle lässt sich nicht nachvollziehen. Problematisch scheint auch, dass Peter Mertens, wie auch Sang Wook Park, den m. E. überholten Begriff „Kriegsausbruch“ verwendet. Kriege brechen nicht einfach und unvermittelt aus, wie dies der Begriff suggeriert, sondern sie werden ganz bewusst begonnen. Der angemessenere Begriff wäre daher „Kriegsbeginn“.

Peter Mertens bemerkenswerte Arbeit ist in zweifacher Hinsicht für die Geschichtswissenschaft von Bedeutung. Zum einen liefert die detaillierte Analyse über die Institution der Militärbefehlshaber einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis der inneren Verfasstheit des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg und schließt damit zugleich eine Forschungslücke. Zum anderen wird sie hoffentlich wichtige Impulse für die weitere Erforschung der sächsischen Geschichte während des Ersten Weltkrieges geben, denn hier stehen vor allem hinsichtlich der parteipolitischen Entwicklung noch weitere Forschungen aus.

Dresden

Carsten Schmidt

KARLHEINZ SCHALLER, „Radikalisierung aus Verzweiflung“. Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft vom Ersten Weltkrieg bis zur Inflation (1914 bis 1923), Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2003. – 264 S. (ISBN: 3-89534-480-X, Preis: 24,00 €).

Um die Chemnitzer Stadtgeschichte speziell des 20. Jahrhunderts ist es schlecht bestellt. Wie in vielen Städten der ehemaligen DDR wurde die jüngere Lokalgeschichte während des SED-Regimes vernachlässigt bzw. ausschließlich nach Maßgabe der staatssozialistischen Parteihistoriographie betrieben, wovon noch die 1988 erschienene Stadtgeschichte von Karl-Marx-Stadt ein beredtes und für die Spätphase der DDR sogar extremes Zeugnis ablegt. Die stadtgeschichtlichen Arbeiten der SED-Zeit zur Chemnitzer Zeitgeschichte verbergen mehr, als dass sie zur Erhellung beitragen, und der Historiker steht – das ist für den Forschungsstand zu regionalgeschichtlichen Problemen des vergangenen Jahrhunderts auf dem Gebiet der neuen Länder der Bundesrepublik Deutsch-

land weithin typisch – vor einer tabula rasa. In Chemnitz helfen zumal für die politische Geschichte auch die seit 1989/90 erschienenen Beiträge kaum weiter: Die im Umkreis des Stadtarchivs entstandenen Publikationen, etwa die Mitteilungen des Chemnitzer Geschichtsvereins, konzentrieren sich weithin auf unverfängliche Themen etwa der Kultur-, Technik- oder Architekturgeschichte und weichen problembehafteten Fragen der politischen Geschichte gezielt aus.

Angesichts dieser Situation nimmt man gespannt den Band von Karlheinz Schaller zur Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft zwischen 1914 und 1923 zur Hand. Schaller steht vor dem nämlichen Problem: Trotz der jüngeren landesgeschichtlichen Studien von Karsten Rudolph und Claus-Christian Szejnmann – beide eher „linksdemokratisch“ orientiert – sowie Mike Schmeitzner fehlt in vielerlei Hinsicht die Grundlage, um ohne aufwendige und langwierige Archivstudien die Thematik intensiv bearbeiten zu können. So ist es Karlheinz Schaller kaum möglich, eine zusammenhängende, abgewogene Geschichte zu erstellen. Vielmehr stellt sein Buch eine Reihe von eher unverbundenen Einzelthemen skizzenhaft in lockerer chronologischer Reihenfolge vor: Lage und Stimmungen der Chemnitzer Arbeiterschaft, ihrer Gewerkschaften und Parteien zu Beginn des Weltkriegs; die Nöte an der Heimatfront und – durchaus eindrucksvoll – die Schrecken in den Schützengräben während langer Kriegsjahre; die Spaltung der Chemnitzer SPD und die Novemberrevolution in der Stadt, in der die Stärke der Kommunistischen Partei unter Fritz Heckert und Heinrich Brandler und die seit 1919 in der lokalen SPD vorherrschende linkssozialistische „Chemnitzer Richtung“ von vornherein eine Unabhängige Sozialdemokratische Partei weithin überflüssig machten; schließlich das brutale und blutige Eingreifen von Reichswehrverbänden gegen lokale Hungerdemonstrationen im August 1919, die Auswirkungen des Kapp-Lüttwitz-Putsches auf die Arbeiterparteien und das vorläufige Ende des „linksrepublikanischen“ Experiments in Sachsen aufgrund der Reichswehrexekution im Herbst 1923. Im Hintergrund finden sich zahlreiche interessante, aber unsystematische Beobachtungen zur sozialen Lage der Arbeiterbevölkerung in Chemnitz, besonders der Arbeitslosen in Kriegs- und Krisenjahren. Im Anhang sind 41 Dokumente meist auszugsweise abgedruckt, überwiegend Zeitungsartikel oder schon anderweitig veröffentlichte Texte, aus denen allein ein Auszug aus dem Kriegstagebuch des jungen Chemnitzer Soldaten Johannes Bauer herausragt, der seine Erlebnisse an der Westfront im Herbst 1916 schildert (Dok. Nr. 12; der fragliche Ort im französischen Département Pas-de-Calais heißt übrigens Bapaume, nicht „Bapanme“).

Schallers insgesamt etwas fragmentarische Darstellung ist gut lesbar und bietet immerhin eine auf ein breiteres Publikum zielende Annäherung an das Thema. Der Leser erfährt allerdings wenig Neues, das über die genannten landesgeschichtlichen Untersuchungen der vergangenen Jahre hinausreichen würde. Um eine geschichtswissenschaftliche Studie im engeren Sinne handelt es sich ohnehin nicht. Der Vf. lässt jeden Hinweis auf Vorgehensweise und methodische Probleme, Quellenbasis und Forschungsstand vermissen; eine Fragestellung oder überhaupt die Motivation seiner Bemühungen bleiben zunächst im Unklaren. Einen Hinweis liefert das Geleitwort des „Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Chemnitz“: Es handelt sich um eine Auftragsarbeit im Rahmen „des Geschichtsprojektes der Chemnitzer IG Metall“, die unter anderem verdeutlichen soll, „wie wichtig es für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist, aktiv gegen den Krieg einzutreten“, und „wie notwendig in grundsätzlichen Fragen die Einheit ist“ (S. 7); gemeint ist offensichtlich die Einheit der Arbeiterbewegung. Diese politische Stoßrichtung tritt in Schallers Text immer wieder hervor. So habe es in Chemnitz 1919/20 „kein unüberwindliches Hindernis für die Zusammenarbeit“ zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gegeben (S. 161), und das alltägliche Leben habe unter Chemnitzer Arbeitern „den Glauben an die Wiederherstellung der ‚Einheit der Arbeiterklasse‘“ genährt

(S. 184; vgl. aber den KPD-Funktionär Vettermann zum 1. Mai 1920, S. 186: „Mit der S.P.D. haben wir grundsätzlich nichts gemein.“). Karlheinz Schaller gibt seine Sympathien für das „linksrepublikanische Projekt“ im Sachsen der frühen 1920er-Jahre deutlich zu erkennen, für linkssozialistisch argumentierende und vielfach charakterschwache Sozialdemokraten wie Alfred Fellisch, August Friedel und Joseph Siegnoth, die nach 1945 als willfähige Handlanger der kommunistisch beherrschten Sozialistischen Einheitspartei unter sowjetischer Besatzungsherrschaft noch eine unheilvolle Rolle spielen sollten – worauf Karlheinz Schaller bezeichnenderweise nicht eingeht –, und für eine KPD, deren „ausgesprochen realistische Politik“ (S. 161) im Chemnitz der frühen Weimarer Republik Karlheinz Schaller rühmt. Wie diese Politik etwa im Chemnitzer Stadtparlament im Einzelnen aussah, welche Ziele die Kommunisten verfolgten, darüber erfährt der Leser nichts. Die sozialdemokratisch-kommunistische Zusammenarbeit in Chemnitz und bald auch in Sachsen mutiert so zum Vorbild für eine Entwicklung, die Karlheinz Schaller offenbar als heilsam für die Probleme der ersten deutschen Demokratie betrachtet. Demgemäß hat er für die Realgeschichte dieser Republik und für die Weimarer Sozialdemokratie auf Reichsebene nur Verachtung übrig und weist jeden Versuch einer Zusammenarbeit sozialistischer Kräfte mit Parteien des Bürgertums zurück. Für die Mechanismen des Parlamentarismus und einer Repräsentativverfassung fehlt Karlheinz Schaller ohnehin jedes Verständnis, wie schon seine Bemerkung verrät, die Zustimmung der SPD-Fraktion im Reichstag zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 sei „in keiner Weise demokratisch legitimiert“ gewesen (S. 87). Zu den kommunistischen Bestrebungen dagegen scheut der Vf. ein klares Urteil. So spricht er ganz im verschleiernenden Stil der SED-Nachfolger davon, der Chemnitzer KPD-Parteibeizirk sei schließlich „in einem längeren Prozeß in die Mechanismen einer zentralistischen Partei verstrickt“ worden (S. 194). Es ist erstaunlich, dass solche Positionen offenbar die bildungspolitischen Ziele der Chemnitzer IG Metall wiedergeben. Eine kritische Darstellung der Chemnitzer Arbeiterbewegung in der ersten Nachkriegszeit bleibt jedenfalls nach wie vor ein Desiderat.

Köln

Rainer Behring

WERNER MARX, Der Rotary Club Leipzig 1929–1937. Mit einem Geleitwort von Prof. Dr. Balthasar Wohlgemuth, Präsident des RC Leipzig 2001/2002, Sax-Verlag, Beucha 2004. – 128 S., Abb. (ISBN: 3-934544-54-1, Preis: 12,00 €).

Die Geschichte des Leipziger Rotary Clubs, der 1929 durch den RC Dresden begründet wurde, ist nicht ungebrochen, aber auch nicht ohne Kontinuität. Darauf geht der Vf., soweit es die NS-Diktatur betrifft, ausführlich ein. Er schildert die ersten Versuche von 1933, den Serviceclub zu diffamieren, die rotarische Bewegung insgesamt als Geheimbündelei abzuwerten und ihren internationalen, auf Völkerverständigung ausgerichteten Kurs zu untergraben. Nach mehreren Jahren scheinbar relativer Ruhe verstärkte sich erneut der Druck der Nationalsozialisten auf Rotary, so dass den deutschen Clubs nichts anderes übrig blieb, als sich 1937 selbst aufzulösen. Unbestritten ist, dass viele ihrer jüdischen Mitglieder bereits 1933 bzw. 1935 die Clubs und Deutschland verlassen mussten. Unbestritten ist auch, dass nicht wenige Mitglieder zunächst der NS-Bewegung nahe standen und sie mitgetragen haben. Das betraf auch den RC Leipzig. Der Riss ging durch den Club, manchmal sogar, wie im Falle Stöhr, durch ganze Familien. Allerdings war „die NSDAP-Mitgliedschaft oder Nichtmitgliedschaft kein eindeutiges Kriterium für eine hundertprozentige Bejahung des NS-Regimes auf der einen Seite oder für einen kritischen Abstand auf der anderen Seite.“ (S. 83). Die große Mehrheit des RC Leipzig